

Zusammenfassung wichtigster Thesen des Gesundheitsworkshops am 14. November 2014 an der IHK Frankfurt

Teilnehmer des Podiums:

Tobias Gottschalk , Direktor der Stiftung Hospital zum heiligen Geist; Prof. Dr. Thomas Klingebiel, Direktor der Klinik für Kinder- und Jugendmedizin des Universitätsklinikums; Volker Potthoff, Vorsitzender der Stiftung für chronisch schwerstkranke Kinder und Jugendliche / Aktion Luftsprung; Dr. Cathrin Schleussner, Vorsitzende der Clementine Kinderhospital – Dr. Christ'schen Stiftung ; Moderator: Professor Dr. Thomas Busse: Frankfurt University of Applied Sciences, Direktor für Zentrum für Gesundheitswirtschaft und –recht.

Thema:

Gesundheit: Gesundheitsangebote in Frankfurt – was leisten Frankfurter Stiftungen

Ausgangslage:

Die Gesundheitsausgaben in D betragen derzeit ca. 300 Mrd. €, davon 172 Mrd. durch die gesetzl. Krankenversicherung. Für Krankenhausbehandlungen werden rund 65 Mrd. € ausgegeben. Dadurch, dass die Ausgaben der GKV (gesetzlichen Krankenkassen) über die letzten Jahre um 40% gestiegen sind, die Veränderung der Grundlohnsumme jedoch nur um 14,5% führt dies zu einem immer größeren Missverhältnis zwischen Einnahmen und Ausgaben.

Die etwas 5000 Stiftungen in Deutschland, die das Thema Gesundheit in Ihrer Satzung haben, fördern das Gesundheitswesen mit mehr als 800 Mio. €. Daraus wird ersichtlich, dass die Stiftungen "monetär" ein Tropfen auf dem heißen Stein sind.

- Gesundheitsstiftungen sollen dort unterstützen, wo öffentliche Unterstützung fehlt. Sie sollen Projekte initiieren und dafür Sorge tragen, dass diese über die Jahre in die Unterstützung der öffentlichen Hand aufgenommen werden Bsp. Schreiambulanz am Clementine Kinderhospital, nach 3 Jahren übernommen von SPZ, Initiative von Stiftung Luftsprung zur besseren Integration chronisch kranker Kinder in den Schul- und Berufsalltag.
- Werden Anliegen des öffentlichen Gesundheitswesens zu stark mit privaten Mitteln unterstützt (z. Bsp. Aufbau der Knochenmarkstransplantation an der Uniklinik Frankfurt zum großen Teil aus Spendengeldern), besteht die Gefahr, dass eigentlich von den Kassen, bzw. bei Investitionen von den öffentlichen Haushalten zu budgetierende Kosten, nicht budgetiert werden. Dies gilt es zu vermeiden.
- Dilemma: das DRG-System führt zu einer nicht ausreichenden Vergütung der Fälle und zu einer wirtschaftlichen Unterdeckung von mittlerweile jedem zweiten Krankenhaus in Deutschland. Insbesondere davon betroffen sind die Kinderkrankenhäuser (da DRGs den tatsächlichen Aufwand nicht abdecken): hier wären Stiftungen gefragt mit der Konsequenz, dass sich das öffentliche Gesundheitssystem nicht anpassen bräuchte. Das ist nicht zielführend.

- Sollen sich Stiftungen in die Politik einmischen? Große Stiftungen halten dies für einen richtigen Weg, die kleineren Stiftungen würden ihren Aktionskreis eher im kleineren- auch lokal sichtbaren Umfeld sehen. Bei Ihnen gilt es insbesondere, die ehrenamtlichen Mitarbeiter zu motivieren und einen hohen Wirkungsgrad in überschaubarem Zeitraum zu erreichen.

Fazit: Mit einer stärkeren Vernetzung der Gesundheitsstiftungen untereinander, könnte ein größerer politischer Hebel und öffentliche Wahrnehmung der Stiftungsziele erreicht werden.